



Nummer 17 | Dezember 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

bei meinen Wahlkreisterminen, ob bei den Landfrauen Tweelbäke oder der MIT Delmenhorst, stehen die Diskussionen zur Bewältigung und der Flüchtlingskrise an erster Stelle.

Fast „unbeachtet“ hingegen verliefen die Beschlüsse zum Haushalt 2016, der mit geplanten Ausgaben von 317 Milliarden Euro zum drit-

ten Mal in Folge ohne Neuverschuldung auskommt.



Wussten Sie beispielsweise, dass das Ressort „Arbeit und Soziales“ mit 41 Prozent der Mittel weiterhin Platz 1 einnimmt?

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Thwe
Astrid Grotelueschen

Bundshaushalt 2016 – eine starke Leistung

Wir stehen zu unserem Wort. Insgesamt plant der Bund Ausgaben von 316,9 Mrd. Euro, die ohne neue Kredite finanziert werden sollen. Zwar stammt der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts noch aus dem Juli. Dass die Flüchtlingszahlen so stark ansteigen und damit die Ausgaben ansteigen würden, war damals noch nicht absehbar. Dennoch steht die schwarze Null im dritten Jahr in Folge: Es gibt keine Steuererhöhungen, und wir setzen sogar Steuererleichterungen um. Das verdanken wir unserer boomenden Wirtschaft und den Rekordbeschäftigungszahlen. Das Zahlenwerk wurde von Bundesfinanzminister Dr. Schäuble - gemeinsam mit den Haushaltern - durch Konsolidierung und zukunftsweisende Umschichtung erarbeitet.

Wesentlichen Aspekt der Haushaltsberatungen bildete die Bewäl-

tigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation. So muss die Bearbeitung der Asylanträge schneller erfolgen. Deshalb erhält das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Haushaltsjahr 2016 2.700 neue Stellen und Personalmittel für 1000 zusätzlich befristet Beschäftigte. Diese Stärkung erfolgt zusätzlich zu den im Regierungsentwurf bereits vorgesehenen 300 Stellen. Darüber hinaus werden Sachmittel in Höhe von 154 Millionen Euro bewilligt, die zur Ausstattung der Arbeitsplätze, für Dolmetscher- und Gerichtskosten dienen. Zur Optimierung des Asylverfahrens sowie zur Stärkung der IT werden insgesamt etwa 101 Millionen Euro bereitgestellt.

Wir wollen, dass die innere Sicherheit erhalten bleibt. Deshalb verstärken wir die Bundespolizei mit 3000 neuen Stellen bis 2018, um die Belastungen durch die Grenz-

kontrollen abzufangen. Wichtig ist, dass der Bund die Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise unterstützt. Deshalb investieren wir in die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive. Die Mittel werden gegenüber 2015 um 326 Mio. Euro erhöht. Die Bildungsmaßnahmen steigen um 179 Mio. Euro für die berufsbezogene Deutsch-Sprachförderung durch das BAMF an. Insgesamt sehen wir umfangreiche Mehrausgaben von gut 7,8 Mrd. Euro für die Flüchtlings- und Asylpolitik vor. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen nahezu verdoppelt und steigen um 500 Mio. Euro auf 1,018 Mrd. Euro.

Für 10.000 zusätzliche Stellen beim Bundesfreiwilligendienst stellt die Koalition 48 Mio. Euro zusätzlich bereit. Ebenso gibt es 15 Mio. Euro mehr für Sprachkurse für aus-

ländische Studenten und Hochschulabsolventen, acht Mio. Euro für Jugendmigrationsdienste, acht Mio. Euro für die Koordinierung der Ehrenamtlichen im Bereich Flüchtlinge und sechs Mio. Euro für die allgemeine Flüchtlingsberatung. Wie im Regierungsentwurf geplant, fließen die ersten Mittel des Zehn-Milliarden-Euro-Investitionspakets (für Verkehrs- und digitale Infrastruktur, Energieeffizienz, Klimaschutz usw.). Ebenso werden steuerlicher Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, Kindergeld sowie Kinderzuschlag angehoben, und auch die sogenannte kalte Progression wird abgebaut.



Aufteilung 10-Mrd. €-Zukunftsinvestitionen

Maßnahmen (in Mrd. €)	2016	2017	2018	Σ
BMVI: Verkehrsinvestitionen (Straße, Schiene, Wasser) / Digitale Infrastruktur/Nationales Innovationsprogramm	1,324	1,526	1,499	4,349
BMWi: Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz	0,308	0,386	0,493	1,187
BMUB: Nationale Klimaschutzinitiative	0,150	0,150	0,150	0,450
BMEL/BMUB: Hochwasserschutz	0,100	0,100	0,100	0,300
BMUB: verschiedene Maßnahmen, z.B. nachhaltiges Wohnen, altersgerechtes Umbauen	0,117	0,150	0,137	0,404
BMWi: verschiedene Maßnahmen, z.B. GRW, DLR	0,035	0,035	0,035	0,105
BMFSFJ: Bundesprogramm KitaPlus	0,034	0,034	0,033	0,101
AA: verschiedene Maßnahmen zur Anpassung von Liegenschaften an verschärfte Sicherheitslage	0,067	0,067	0,066	0,200
Zwischensumme	2,135	2,448	2,513	7,096
Finanzierung zusätzlicher Investitionen in den Ressorts (in Höhe der Betreuungsgeld-GMA)	0,965	0,965	0,965	2,895
Summe	3,100	3,413	3,478	9,991

Abweichungen durch Rundungsdifferenzen

SPD-Blockade gegen Asylpaket

Eigentlich sollte das zweite Asylpaket am 23.11.2015 vom Kabinett verabschiedet sein, doch die SPD hat abgesagt. Sie macht sich einen schlanken Fuß, spielt auf Zeit. Aus meiner Sicht unverantwortlich. Nimmt man die Äußerungen des Ministerpräsidenten vom Wochenende hinzu, ist der Plan schnell zu durchschauen: Am Ende will sich der Koalitionspartner Erreichtes auf die Fahnen schreiben. Wir verlieren damit wertvolle Zeit bei der Gesetzgebung.

Außerdem sollen nach dem Willen der SPD Regelungen gestrichen werden, die ich für notwendig erachte. Beispiel Registrierzentren. Sie sollten ursprünglich nicht nur für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten gelten, sondern auch für solche Antragsteller, die belanglose oder eindeutig falsche Angaben machen, die im Widerspruch zu gesicherten Informationen aus dem Herkunftsland stehen.

Weitere Streitpunkte sind die schärfere Kontrolle von Attesten, die gegen eine Abschiebung eingereicht werden, und die Famili-

enzusammenführung für Minderjährige, die ohne Begleitung nach Deutschland kommen. Hier sah der erste Referentenentwurf, wie für alle Antragsteller, die nur einen bedingten Flüchtlingsstatus haben (subsidiärer Schutz), eine Wartezeit für den Nachzug der engeren Familie von zwei Jahren vor. Damit wollten wir den Anreiz in den Herkunftsländern beseitigen, Kinder und Jugendliche alleine auf die Flucht zu schicken. Schlepper nutzen dieses Hilfsinstrument und damit unsere deutsche Gesellschaft aus. Nach Angaben der Länder sind bis zum 19. November schon 57.376 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, und die Zahl steigt weiter stark an.

Auch Kommunen wie Landkreise haben kein Verständnis für diese Blockade einer sinnvollen Rechtsanpassung. Ich sage, es müssen jetzt schnell alle Maßnahmen ergriffen werden, die Zahl der Flüchtlinge und die Anreize zu reduzieren. Wir stoßen an unsere Grenzen, vor allem in Hinblick auf die nachfolgende Integration. Deshalb brauchen wir weitere Gesetze — und zwar jetzt.

Immer mehr digital

Die Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert künftig verstärkte IT-Qualifikationen. Während der Anteil der Erwerbstätigen ohne Computernutzung im Jahr 1999 noch bei 48,3 Prozent lag, sank dieser kontinuierlich bis auf 19,1 Prozent im Jahr 2012.

Im Rahmen der Industrie 4.0 und der damit verbundenen Veränderung der Produktionsprozesse steigt insbesondere die Nachfrage nach informationstechnischen Kernberufen — wie etwa Datenverarbeitungsfachleuten und Softwareentwicklern. Einer Projektion des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge wird diese bis 2030 jährlich bis zu 3,2 Prozent über dem Bedarf liegen, der ohne eine digitalisierte Produktion zu erwarten wäre. 37 Prozent der neuen Arbeitsplätze entstehen dabei im verarbeitenden Gewerbe. Der allgemeine Bedarf an IT-Fachkräften wird laut BIBB insbesondere durch einen starken Zustrom an Erwerbstätigen aus artverwandten Berufsfeldern (wie etwa Ingenieuren oder Technikern) gedeckt.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Bundestag hautnah im Wahlkreis

Petition? Plenum? Parlament? Die Bedeutung dieser und vieler anderer Begriffe haben unter anderem die Schülerinnen und Schüler der Klasse 10d des Braker Gymnasiums (Bild) beim Besuch der Wanderausstellung des Deutschen Bundestages im Familien-Center in Brake klären können. Die Ausstellung habe ich in die Wesermarsch geholt.



Eine Woche lang war sie in der Passage des Einkaufsmarkts zu sehen und bot Gelegenheit, Grundlegendes zu Organisation, Arbeitsweise und Geschichte des deutschen Parlamentes zu erfahren.

Mehrere Schulklassen und Gruppen haben auch an speziellen Führungen teilgenommen, und ich konnte vor Ort viele interessante Gespräche mit Bürgern führen.

Ich hoffe sehr darauf, die Wanderausstellung auch im kommenden Jahr wieder in meinem Wahlkreis zeigen zu können, dann in Delmenhorst oder im Landkreis Oldenburg.

Besuchergruppe zu Gast in Berlin



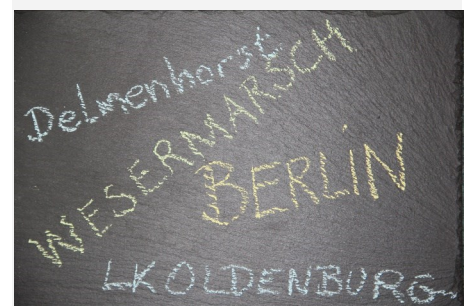
Vier schöne und politisch hochinteressante Tage haben 50 Besucher aus dem Oldenburger Land, der Wesermarsch und Delmenhorst auf meine Einladung hin in Berlin verbracht. Sie besuchten unter anderem das Kanzleramt, verfolgten eine Plenarsitzung im Bundestag und nahmen die Kuppel des Reichstagsgebäudes in Augenschein. Mit mir diskutierten sie insbesondere über die Asylpolitik, stellten aber

auch Fragen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Nicht fehlen durfte auch eine Stadtrundfahrt — die ist jetzt in der Vorweihnachtszeit besonders schön.

Falls auch Sie meinen Arbeitsplatz in Berlin kennen lernen wollen, melden Sie sich für 2016 einfach bei Ihrer CDU Kreisgeschäftsstelle in Delmenhorst, Brake oder Wildeshausen. Ich freue mich immer über interessierte Besucher.

Unterwegs:

- 30.11.2015 bis 04.12.2015 Sitzungswoche des Deutschen Bundestags in Berlin
- 05.12.2015 Ball der Landwirtschaft mit Freisprechung in Rodenkirchen
- 06.12.2015 Zu Gast beim Kolpinggedenktag der Kolpingfamilie Wildeshausen



Astrid Grotelüschon MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro

Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro

Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969